

Spaltung gebracht, sondern ihre Ergebnisse bei der Folgewahl halbiert. Hingegen konnte die niederländische SP, die bislang jede Koalition mit Sozialdemokraten abgeschlossen hat, ihre Ergebnisse sukzessive verbessern.

Auf den Umgang kommt es an

In Westeuropa sind Linksparteien für Sozialdemokraten sowohl Konkurrenz als auch Mehrheitsbeschaffer. Ob diese durch einen Zustrom ehemaliger Stammwähler zu einer dauerhaften Gefahr für die Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokraten werden, hängt vor allem vom Umgang mit ihnen ab. Die scheinbar konsequente Option einer harten Abgrenzung führt enttäuschte Wähler kaum zurück. In den Niederlanden etwa hat die PvdA etwa viele Jahre lang keinen einzigen Antrag unterstützt, den auch die sozialpopulistische SP befürwortete. Dadurch wurden potenzielle

Wähler aber nicht abgeschreckt, vielmehr brachte der Nimbus der kompromisslosen Opposition den ehemaligen Maoisten Stimmengewinne ein.

Auf der anderen Seite führt schon der Verdacht, eine Regierungsbeteiligung anzustreben, in den Reihen der Linksparteien zur Beunruhigung bis hin zu Spaltungstendenzen. Bisher haben Koalitionen mit sozialdemokratischen Parteien fast ausnahmslos zu Verlusten auf der Seite der jeweiligen Linkspartei geführt. In Schweden konnte die SAP sogar nachweisbar Wähler, die sie zuvor an die Linkspartei verloren hatte, in der Zeit der Koalition wieder zurückgewinnen. Gleichzeitig gewinnen Sozialdemokraten über den linken Koalitionspartner die Mehrheiten, die für Regierungen notwendig sind. Die Kombination aus einer Entzauberung der Protestpartei bei gleichzeitiger Nutzung derselben als Machtressource macht diese Variante des Umgangs mit den Linksparteien zu einer ernsthaften Option.

Dev Raj Dahal

Die staatlichen Strukturen sind nicht robust

Nepal auf dem schweren Weg zur Demokratie

Bislang eher im Schatten der Aufmerksamkeit, macht Nepal in jüngster Zeit einen tiefgreifenden politischen Wandel durch, der größere Beachtung verdient. Auf dem Weg zu einer stabilen Demokratie ergibt sich eine Reihe von Schwierigkeiten. Zwei der zentralen Fragen dabei: Wie kann man dem künftigen Volkssouverän die notwendige politische Bildung zukommen lassen? Und: Wie können Frieden und Menschenrechte gesichert werden? Der Demokratisierungsprozess ist, nach hoffnungsvollem Beginn mit der Einsetzung von Interimsregierung und -parlament sowie der Verabschiedung einer Übergangsverfassung, ins Stocken geraten: Die für den 22. November 2007 geplanten landesweiten Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung wurden auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben. Momentaufnahme aus einem Land im Übergang.

Der politische Wechsel Nepals vom Feudalismus zur Demokratie ist unerwartet auf Hindernisse gestoßen. Am 18. Septem-

ber 2007 trat die Kommunistische Partei (CPN-Maoist) aus der Interimsregierung unter Premier Koirala aus, und die für den

22. November angesetzten landesweiten Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung (VV) wurden auf einen noch nicht näher definierten Zeitpunkt verschoben.

Das 22-Punkte-Programm der Maoisten rief wütende Proteste hervor. Es beinhaltet ein vollwertiges Verhältniswahlrecht, eine Anpassung der *People's Liberation Army* (PLA) und der *Nepal Army* (NA), einen Dialog am runden Tisch, der die Missstände aufarbeiten soll, und vor allem die Forderung nach Ausrufung Nepals als Republik vor den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung. Letzteres wurde von der *Sieben-Parteien-Allianz* (SPA) zurückgewiesen. Die regierenden Parteien bewiesen ihre Unfähigkeit, den Termin für die Wahlen zu halten, ein neues Datum auszuhandeln sowie einen neuen politischen Konsens für die veränderten Verhältnisse zu finden.

Die Schlüsselakteure

Zum einen: Die sieben im vom König aufgelösten Parlament vertretenen Parteien hatten sich zur *Sieben-Parteien-Allianz* SPA zusammengeschlossen, um gemeinsam mit der CPN-Maoist gegen die königliche Machtübernahme im Februar 2005 zu agitieren. Nach dem Erfolg der Bewegung im April 2006 begann allerdings ein Machtkampf.

Für den plötzlichen Rückzug der Maoisten aus der Regierung gibt es verschiedene Erklärungen: Er besänftigte die radikale Fraktion innerhalb der Partei, die durch den Friedensprozess ihren Einfluss in den ländlichen Gebieten geschwächt sah. Er befriedete die Kader, die einen Bedeutungsverlust der Partei befürchteten, beschwichtigte die Forderung der Dalits, Madhesis und anderer Minderheiten nach Selbstbestimmung, sicherte den Raum für oppositionelle Politik und bereitete den Boden, um die Wahlen zur VV nach dem

Verhältniswahlrecht abzuhalten. Schließlich stellte er das *Revolutionary International Movement* (RIM) und das *Coordinating Committee of Maoist Parties and Organizations in South Asia* (COMPOSA) zufrieden, welche die Führung der Partei darin bestärkten, revolutionäre Aktionen durchzuführen.

Zum anderen: Nicht-staatliche Akteure: Die politische Entwicklung führte zur Bildung zahlloser Organisationen, einschließlich 20 bewaffneter nicht-staatlicher Gruppierungen im südlichen Gebiet Tarai und den Hügeln. Diese Gruppen und Bewegungen des sogenannten *Madhesi People's Right Forum* (MPRF) kämpfen häufig gegen den Staat und gegeneinander um Land, wobei ihre Motivationen variieren: Gewaltenteilung, Verhältniswahlrecht, ethnische Autonomie, Selbstbestimmung oder etwa ein eigener Mad-



Dev Raj Dahal

leitet zur Zeit das Büro der FES in Nepal, war früher Hochschullehrer am Institut für Politische Wissenschaften der Tribhuvan University und hat eine Reihe von Büchern über Zivilgesellschaft und Regierungsformen herausgegeben.

devraj.dahal@fesnepal.org

hesi-Staat. Viele Gruppen wie die Dalits, Frauen, Landlose, ethnische und Eingeborenengruppen zeigten sich weniger anfällig für systemische politische Konflikte. Die Polizei hat mittlerweile acht Bezirke des Tarai als *highly sensitive* und 13 weitere als *sensitive areas* eingestuft. Die Unfähigkeit der Polizei hat hier ein Sicherheitsvakuum hinterlassen, das sich nun mit Milizen, Kriminellen und bewaffneten Gruppen füllt. Dies ist insofern ein Grund zur Besorgnis, als dass lokale Rebellen zu sozialen Netzwerken mit grenzübergreifenden Kontakten zu verwandten ethnischen Gruppen leichten Zugang haben.

Die zweimalige Novellierung der Interimsverfassung innerhalb von vier Monaten seit ihrer Verkündung indiziert die Schwierigkeiten im Streben nach rechtsstaatlicher Stabilität. Das jüngste Aufflackern der Auseinandersetzungen in Kapilvastu, verursacht durch die Tötung des lokalen Muslimführers Abdul M. Khan durch unbekannte Täter, ist ein Zeichen für die fragile Sicherheitssituation und das Unvermögen der Regierung, den Konflikt zu entschärfen und die bürgerliche Beteiligung sowie die politische Partizipation zu fördern. Die staatlichen Strukturen sind nicht ausreichend robust, um verschiedene Konfliktarten aufnehmen zu können, und die Aufteilung der wichtigsten Positionen im Staat zwischen den drei Parteien – *Nepali Congress* (NC), *Communist Party of Nepal-Unified Marxist-Leninist* (CPN-UML) und CPN-Maoist – hat das Macht-

monopol des Staates erodiert, eine auf einem Neo-Vätererbrecht basierende Kultur institutionalisiert und die nationale Identifikation der Bürger mit dem Staat unterminiert.

Die Maoisten sind lediglich demobilisiert, aber nicht entwaffnet, und an den politischen Prozess angepasst. Die *Young Communist League* (YCL) führt Nepal in den hügeligen Gebieten, die nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen herrschen im Zentral-Tarai, und Premier Koiralas Erlasse führen lediglich das Kathmandu-Tal.

Die verfahrenere Situation und das Ausmaß der Gewalt ruinieren die Aussicht auf ökonomischen Fortschritt, den Zufluss ausländischer Direktinvestitionen und ein Wachstum im Tourismus-Sektor. Vielmehr ermutigt sie eher die Jugend, im Ausland für ihr Auskommen zu sorgen.

Wahlbereitschaft erfordert politische Bildung und physische Sicherheit

Nepal hat 17,6 Millionen Wähler. Die Wahlkommission, politische Parteien und eine Anzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen sind dabei, eine umfangreiche Kampagne zur Bürger- und Wählerbildung ins Leben zu rufen. Die Wahlkommission hat 8.400 Freiwillige dafür mobilisiert und wird für die Wahlleitung 225.000 Menschen anstellen. Dies ist in Nepal besonders wichtig, denn die Mehrzahl der Wähler ist weder alphabetisiert noch ausreichend gebildet; es mangelt an bürgerlicher Kompetenz. Die Aktivierung der Peripherie, spezielle Programme für Frauen, Dalits, Jugendliche und ethnische Gruppen sowie ein innovativer Einsatz der Medien sind entscheidend, um die Kommunikation zwischen der Öffentlichkeit und den Entscheidungsträgern zu gewährleisten. Die Kommission hat zudem die Regierung mehrfach aufgefordert, für freie, faire und objektive Wahlen zu sorgen, und die Parteien, in die Dörfer zu gehen und dort für sie zu werben, um das Vertrauen der Menschen zu stärken.

Ohne die Schaffung physischer Sicherheit wird es schwer werden, die Wahlen abzuhalten. Die politischen Parteien haben keine ausreichenden Vorbereitungen getroffen, um sich an die Basis zu binden, Wähler zu mobilisieren, sie zu befähigen, zwischen der VV und den periodischen Wahlen zu unterscheiden und ihr Mandat zu bestätigen. Die Protestprogramme der Maoisten und deren Drohung in Richtung eines landesweiten Generalstreiks, um die Anmeldung der nominierten Kandidaten zu verhindern, erzwang von der SPA die Zustimmung, den gesamten Wahlprozess bis zu der Sondersitzung des Interimsparlaments auszusetzen. Diese war von der CPN-Maoist für den 11. Oktober einberufen worden und hat zum Verschieben des Wahldatums geführt.

Auch die Exekutivorgane sind schwach. Das Polizeipersonal ist selbst nicht sicher und kann daher auch den Wählern keine freie Ausübung ihres Stimmrechts garantieren. Die vielen gewaltsamen Zwischenfälle in der Hauptstadt Kathmandu und auf dem Land haben in letzter Zeit die Unsicherheit weiter erhöht.

Dennoch reklamiert die *Nepal Police*, die wichtigste der beiden Polizeibehörden, für sich, besondere Sicherheitszonen um die Wahlzentren herum in den *highly sensitive areas* errichtet zu haben. Sie verkündete einen Sondersicherheitsplan, der die Mobilisierung von 41.000 Männern und Frauen in Uniform vorsieht. Das andere Polizeidepartment, die *Armed Police Force* (APF), kann bis zu 21.000 Männer und Frauen bereitstellen.

Das einfache Volk fühlt, dass es keine freien und fairen Wahlen geben kann, solange die bewaffneten Gruppen nicht vollständig entwaffnet sind. Die von der *Nepal Army* jüngst skizzierten Bürgerkrieges-Szenarien im Falle einer Verschiebung der Wahlen und einer schwachen Unterstützung der CPN-Maoist hat die Öffentlichkeit alarmiert. Was die regierenden Parteien eint, ist das gemeinsame Bestreben, die Macht zu monopolisieren sowie die gemeinsame Angst vor pro-monarchistischen Kräften und der NA. Doch das Fehlen einer gemeinsamen Zukunftsvision spaltet sie tief in der Frage über die Mittel und die Wege ihrer Politik.

Ein ausgehandelter Frieden und die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung sind die Schlüssel zu politischer Stabilität. Das Engagement aller Gesellschaftsmitglieder in diesem Prozess durch informierte Meinungsbildung und die Gelegenheit zur politischen Teilhabe kann demokratische Legitimität schaffen und die Aussichten auf Entwicklung erhöhen.

(aus dem Englischen von Antonia Schneider)